„Soziale Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit – Leitplanken für ein Zukunftsfähiges Deutschland“

Dr. Angelika Zahrnt

Ehrenvorsitzende des BUND und Mitglied des Rates für Nachhaltige Entwicklung

Rede zum Abschluss des 3. Netzwerk21Kongresses am 26./27. Oktober 2009 in Köln

Guten Tag, sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde,

ich freue mich, dass ich heute beim 3. Netzwerk-Kongress die Abschlussrede halten kann. Ich muss allerdings gestehen, dass ich zwischendurch mal nicht so froh mit diesem Termin war, denn irgendwie waren die Termine doch etwas zu dicht: Letzte Woche war ich in Dubrovnik bei der Jahresversammlung des Netzwerks der Europäischen Umwelt- und Nachhaltigkeitsräte, wo ich stellvertretende Vorsitzende bin, bin dann gerade rechtzeitig am Sonntag zur Preisverleihung des Deutschen Umweltpreises der DBU nach Augsburg gekommen. Als ich am Sonntagabend von der Preisverleihung zurück nach Neckargemünd kam, hatte ich das Gefühl, dass es ganz schön wäre, jetzt erst einmal einen ruhigen Tag zum Luftholen zu Hause zu haben und nicht gleich am nächsten Morgen wieder loszufahren nach Köln.

Aber auf der anderen Seite fand ich den Termin des Netzwerk-Kongresses dann auch wieder passend – weil mein Preis bei der DBU ja auch ein Preis für ehrenamtliches Engagement war, ein persönliches Engagement aber im Zusammenhang mit anderen Engagierten. Bislang wurde der Preis zumeist an verdiente Forscher und an findige Unternehmer (und an Männer) vergeben. Mit der Preisverleihung an mich ist diesmal bürgerschaftliches Engagement als wichtige Triebkraft für eine nachhaltige Entwicklung anerkannt worden und ich möchte Ihnen und vor allem auch den PreisträgerInnen des Zeitzeichen Nachhaltigkeitspreises gerne ein Stück dieser Anerkennung von Augsburg nach Köln weitergeben. Und auch eine Passage aus der Rede des Bundespräsidenten in Augsburg:

"Ich bin zuversichtlich: Es sind diese vielen kleinen und großen Projekte in Kindergärten, an Schulen und Universitäten, in Kirchengemeinden, Umwelt- und Naturschutzgruppen, in Gewerkschaften oder in Unternehmen, die maßgeblich dazu beitragen werden, den gesellschaftlichen Wandel hin zu einer Kultur der Nachhaltigkeit voranzutreiben. Noch sind sie eine Minderheit. Doch schon manche Minderheit wurde zur Mehrheit und hat Geschichte gemacht."

Mit dieser Perspektive möchte ich in den inhaltlichen Teil meines Vortrags einsteigen, der nüchterner und – was die aktuelle bundespolitische Lage angeht – ernüchternder sein wird.

Dabei möchte ich mich zunächst mit dem Konzept der Nachhaltigkeit auseinandersetzen und vor allem mit seinen gegenwärtigen Interpretationen und Instrumentalisierungen. Danach möchte ich kurz auf die Frage eingehen, wie viel Nachhaltigkeit im Bereich Umwelt und Entwicklung derzeit im Koalitionsvertrag erkennbar ist. Anschließend will ich mir etwas genauer den (von mir nicht formulierten) Titel meines Vortrags vornehmen: Soziale Gerechtigkeit **und** Nachhaltigkeit. Und zum Abschluss möchte ich – eher kursorisch als systematisch –

auf Ereignisse, Fakten und Entwicklungen eingehen, die zum genaueren Hinsehen auffordern und Anzeichen für positive Bewegungen sein könnten. So weit der Überblick.

1. Nachhaltigkeit ist ein wertebasiertes Konzept, ein Konzept der Gerechtigkeit, der weltweiten Gerechtigkeit und der generationenübergreifenden Gerechtigkeit. Bei der Umsetzung dieses Konzepts sind drei Dimensionen zu berücksichtigen, die ökologische Dimension, die ökonomische und soziale Dimension. Dabei kommt der ökologischen Dimension die Funktion zu, die Leitplanken zu setzen – für die wirtschaftliche und soziale Entwicklung innerhalb dieser Leitplanken.

   Das ist mein Verständnis von Nachhaltigkeit, das ist das Verständnis von Nachhaltigkeit, das der Studie Zukunftsfähiges Deutschland zugrunde liegt. Das Umweltbundesamt mit seinem Präsidenten, Herrn Dr. Troge, vertrat dieses Verständnis (und ich gehe davon aus, sein Nachfolger, Jochen Flasbart, tut dies ebenso). Und dieses Verständnis von Nachhaltigkeit findet sich auch in der Nachhaltigkeitsstrategie der Bundesregierung im Eingangskapitel (vielleicht besser als Sonntagskapitel zu bezeichnen).

   Es ist mir wichtig, dieses Konzept des Umweltraums oder der ökologischen Leitplanken, die es bei der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung zu respektieren gilt, in dieser Deutlichkeit dazustellen, denn es gibt ja inzwischen vielfältige Konzepte für Nachhaltigkeit:

   – Die drei Säulen, die gleichberechtigt sind.

   Aber wenn es um Arbeitsplätze oder künftige Einwohner in der Kommune geht, dann ist die Streuobstwiese eben keine starke Säule, sondern die Bäume müssen weichen.

   – Das Konzept des Nachhaltigkeitsdreiecks

   Die Seiten dieses Dreiecks können verschoben werden je nach Druckverhältnissen. Und wenn die deutschen Autokonzerne Druck machen, dann werden die EU-Grenzwerte eben schwächer und treten später in Kraft, und die drei Seiten dieses Nachhaltigkeitsdreiecks haben sehr unterschiedliche Längen.

   – Das Konzept von Nachhaltigkeit als Wachstumsmotor

   Charakteristisch hierfür ist der Untertitel des neuen Buches von Nicholas Stern „Der Global Deal – Wie wir dem Klimawandel begegnen und ein neues Zeitalter von Wachstum und Wohlstand schaffen“.

   – Nachhaltigkeit als Innovationstreiber für die 3. Industrielle Revolution,
   – Nachhaltigkeit als Motor für die Eroberung der Auslandsmärkte mit neuen energiesparenden Technologien.

   Vielleicht braucht man Nachhaltigkeit als eigenständiges Konzept auch gar nicht mehr, wo es sich doch so schön als nachhaltiges Wachstum vereinnahmen lässt. Vielleicht braucht man es nicht mal mehr als dieses bescheidene Attribut, wenn doch die schlichte Formel „Wachstum, Wachstum, Wachstum“ für Wahlkämpfe und Koalitionsvereinbarungen ausreicht.

2. Die Hoffnung, dass die Krise eine Chance sein könne, die Stefan Richter von der Grünen Liga heute in seinem Eingangsvortrag äußerte und die Pfarrer Klaus Breyer eben bestärkte: „Wann, wenn nicht jetzt?“ – für diese Hoffnung kann ich gegenwärtig auf der Bundesebene keine Anhaltspunkte finden. Und gegenwärtig wurde ja gerade die Agenda bis 2013 festgelegt.

   Auch die positiven Punkte für die Nachhaltigkeit, die der Präsident des Umweltbundesamts, Jochen Flasbart, in seinem Eingangsreferat im Koalitionsvertrag ausmachte, stimmen mich nicht richtig fröhlich. Gut, das strukturelle Setting wird fortgesetzt – mit dem parlamentarischen Beirat für nachhaltige Entwicklung, dem Green Cabinett, dem Nachhaltigkeitsrat. Aber wie sehen die politischen Inhalte für Umwelt und Entwicklung in den nächsten vier Jahren auf der Bundesebene aus?

   – Verlängerung der Laufzeiten für Atomkraftwerke,
   – Gentechnik als Chancentechnologie,
   – keine Erhöhung der Lkw-Maut und keine City-Maut,
   – Ausgleich im Naturschutz lässt sich in Geld erkaufen,
   – Entwicklungspolitik wird von einem Minister einer Partei vertreten, die dieses Ministerium abschaffen wollte, und die 0,7% Entwicklungshilfeanteil am Bundeshaushalt werden zwar referiert, aber ohne Anstrengung, dieser Verpflichtung wenigstens näher zu kommen.
   – Auch das Faktum, dass das Wort Nachhaltigkeit 62mal im Koalitionsvertrag vorkommt (wie Klaus Breyer recherchiert hat) spricht eher für die eingangs genannte Inflationierung und ist noch kein Qualitätsnachweis. Schon die jetzige Nachhaltigkeitsstrategie mit durchaus akzeptablen Zielen wurde von der Großen Koalition nicht – wie immer wieder beschworen – zum roten Faden der Politik. Das Ergebnis ist, dass nach dem Bericht des Statistischen Bundesamts zwei Drittel der Ziele erkennbar nicht erreicht werden. Hat die Nachhaltigkeitsstrategie als roter Faden eine Chance im neuen schwarz-blau/weißen-gelben Politikgeflecht?

   So weit – aus aktuellem Anlass – die skeptische Standortbestimmung. Da fällt es nicht gerade leicht, die Aufgabe zu erfüllen, die mir von den Veranstaltern aufgegeben wurde, „eine motivierende Abschlussrede“ zu halten.

3. Bevor ich mich daran mache, möchte ich auch noch den Titel meines Vortrags genauer unter die Lupe nehmen: Soziale Gerechtigkeit **und** Nachhaltigkeit. Das klingt glatt und einleuchtend, ist es aber meines Erachtens nicht. Denn wenn Nachhaltigkeit ein Konzept ist, das weltweite und generationenübergreifende Gerechtigkeit zum Ziel hat, dann ist es ein Konzept sozialer Gerechtigkeit – Gerechtigkeit für die Menschen im Süden, die Hunger leiden, und Gerechtigkeit für kommende Generationen, denen wir eine Erde mit Lebens- und Entwicklungschancen hinterlassen sollten, und nicht einen ausgeräumten und überhitzten Planeten. Nachhaltigkeit ist ein Konzept einer erweiterten sozialen Gerechtigkeit – erweitert in den Dimensionen Raum und Zeit.

   So wichtig es ist, in diesem erweiterten Konzept sozialer Gerechtigkeit zu denken, dies Denken zu lernen, so wichtig ist es aber auch, das traditionelle Verständnis von sozialer Gerechtigkeit im nationalen Raum im Hinblick auf Nachhaltigkeit nicht zu vergessen.

   Auch ohne den Bezug zur Nachhaltigkeit kommt die Frage der sozialen Gerechtigkeit in Deutschland wieder, nachdem lange Jahre die Politik den Eindruck (erfolgreich) erweckte, die sozialen Fragen seien (bis auf einige Randgruppen) gelöst und das weitere Wirt-

schaftswachstum werde schließlich über den immer größeren zu verteilenden Kuchen alle erreichen und zufrieden stellen und die soziale Frage zu einer historischen machen. Aber heute wird deutlich, dass die Realität eine andere ist. Mit der Finanzkrise und der Debatte um Managergehälter haben Fragen der sozialen Ungleichheit eine neue Brisanz und Aufmerksamkeit bekommen. Dazu einige weitere Stichpunkte: Mindestlöhne, Armutsbericht, Kinderarmut, die Erfolge der linken Partei.

Für die Umsetzung von Nachhaltigkeit ist die soziale Gerechtigkeit in verschiedener Hinsicht wichtig:

– Zum Beispiel müssen energiepolitische Maßnahmen auf ihre sozialen Auswirkungen überprüft werden und ggf. sozialpolitische Ausgleichsmaßnahmen damit verbunden werden. Die Einführung der ökologischen Steuerreform 1998 war hier ein Lehrstück. Wenn die sozialen Zusammenhänge nicht berücksichtigt werden, werden wir eine lähmende ökologisch-soziale Konfrontation bekommen.

– Die Auswirkungen nicht-nachhaltiger Politik auf unterschiedliche soziale Gruppen müssen deutlich werden und die immateriellen Gewinne einer nachhaltigen Politik. Die Verkehrsbelastung in den Städten durch den Individualverkehr und den Schwerlastverkehr trifft vor allem sozial Schwächere. Eine nachhaltige Verkehrspolitik würde ihnen bessere Luft, ungestörte Nachtruhe und Bewegungsfreiheit schenken.

Die Fragen sozialer Gerechtigkeit und Nachhaltigkeit wurden – und das ist positiv – gerade in den letzten Jahren in Forschungen vom Umweltbundesamt und BMU und jetzt auch im Programm der sozial-ökologischen Forschung des Bundesforschungsministeriums intensiv untersucht.

Aber die Abwägung zwischen materiellen Ansprüchen und ökologischen Notwendigkeiten wird nicht nur harmonisch zu lösen sein. Ein Beispiel: Die Ansprüche im Ferntourismus und der Klimaschutz bedeuten Konflikte. Und hier werden – auch bei geringeren Einkommensbeziehern – Änderungen im Lebensstil nötig sein. Die weltweite und generationenübergreifende soziale Gerechtigkeit wird nicht umzusetzen sein, wenn um alle Besitzstände aller in den Industrieländern Schutzzäune gezogen werden. Aber gerade darum muss in den Industrieländern selbst neu die Frage der sozialen Gerechtigkeit bei Einkommen und Vermögen gestellt werden und die Diskussion um die Sicherung eines auskömmlichen Lebens für alle. Nur wenn der oder die einzelne in unserer Gesellschaft den Eindruck hat, dass es in unserer eigenen Gesellschaft fair zugeht, wird es eine Bereitschaft zu weltweiter Fairness und Solidarität geben.

4. Zum Schluss: Was bleibt bei so viel Fehlstellen und Leerstellen auf der Bundesebene – woraus kann Antrieb, Schwung und Bewegung entstehen?

   1. Die Dringlichkeit der Probleme bleibt. Die wissenschaftlichen Erkenntnisse zum Klimawandel werden immer dramatischer und die Hungerkrise immer bedrängender.
   2. Es gibt viele Aktionsebenen und viele Akteure für nachhaltige Entwicklung. Unter der Ära Bush hat sich in den USA auf der Ebene der Staaten und Kommunen viel getan im Bereich Klimaschutz, gerade in Opposition zu der Ignoranz und dem Nichtstun der US-Regierung. Also sind gerade Bundesländer, Kommunen, Landschaftsverbände als Akteure und Vorantreiber gefragt.
   3. Nachhaltigkeit ist inzwischen bei den Unternehmen angekommen. Es gibt ernsthafte CSR-Anstrengungen in Unternehmen (oft gefördert durch zivilgesellschaftlichen

Druck) und nicht nur grüne Fassadenmalerei. Nachhaltiges Investment ist ein zunehmend wichtiger Bereich.

4. Die Erfahrungen der vergangenen 25 Jahre sind – bei allem Unzureichen in der Gesamtbilanz – Anlass zur Hoffnung: Aus selbst gebastelten Windrädern ist eine hochprofitable Industrie geworden, aus bescheidenen Ökomessen sind High-Tech-Kongresse entstanden, die Praxis hat gezeigt, dass Technik enorme Effizienzverbesserungen erbringen kann.
5. Politische Zielmarken setzen sich fest. So hat diese Koalition immerhin das Ziel festgeschrieben, bis zum Jahre 2020 eine CO_2-Reduktion von minus 40% zu erreichen. In Kopenhagen ist die Zielmarke für die Industrieländer, bis 2050 eine CO_2-Reduktion von 80-90% zu erreichen. Das gleiche Recht auf Emissionen – als Ausdruck globaler-sozialer Gerechtigkeit – hat sich als Wertentscheidung und Basis für einen Ausgleich mit den Entwicklungsländern durchgesetzt. Vor über zehn Jahren – bei den Diskussionen um die erste Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“ wurden Zeithorizonte bis 2050 noch als überzogen und fern der politischen Realität abgetan. Unsere Forderung nach einer Gleichverteilung des globalen Umweltraums wurde als Gleichmacherei angegriffen und der Forderung nach Verteilungsgerechtigkeit die „Besitzstandswahrungsgerechtigkeit“ für die Industrieländer dagegen gestellt. Hier sind inzwischen – auch durch den Druck der Entwicklungsländer – politische Einsichten gewachsen.

6. Änderungen im Kaufverhalten sind spürbar, nachhaltiger Konsum ist keine geschlossene Nischenveranstaltung mehr, sondern beginnt attraktiv zu werden. „Geiz ist geil“ oder „Fair Trade“ – die Auseinandersetzung ist im Gange. Lebensstil ist kein Tabuthema mehr. Dies zeigt auch die Rede des Bundespräsidenten, aus der ich gerne noch einmal zitiere:

   "Der Wandel, den wir voranzutreiben haben, wird aber nicht allein technologischer Natur sein können. Denn bei allem berechtigten Glauben an den technischen Fortschritt – die gänzlich emissionsfreie Energiequelle wird es innerhalb der nächsten zehn, zwanzig Jahre vermutlich nicht geben. Hinzu kommt: In der Vergangenheit wurde das, was wir durch technischen Fortschritt an Effizienzgewinnen erreicht haben, durch einen wachsenden Gesamtverbrauch zu einem großen Teil wieder aufgezehrt. So haben wir heute zwar im Schnitt verbrauchsärmere Autos, aber viel mehr davon, und unsere Elektrogeräte sind sparsamer, dafür gibt es immer neue elektrische Anwendungen. Allein die Informations- und Kommunikationstechnik – vom Notebook über das Handy bis zum Plasma-Fernseher – verursachte 2007 mehr klimaschädliches Kohlendioxid als der gesamte Luftverkehr.

   Darum bleibe ich dabei: Es ist auch Zeit, darüber nachzudenken, ob ein schlichtes "immer mehr"- Denken die Zukunft gewinnen kann."

7. Wirtschaftswachstum hat zwar die Hegenomie in den politischen Parteien und in den Medien. Aber Wirtschaftswachstum als dominierendes politisches Ziel wird auch Infrage gestellt, gerade auch im internationalen Bereich. 1997 fand eine große Konferenz der OECD, EU-Kommission, EU-Parlament, Club of Rome und WWF in Brüssel statt mit dem programmatischen Titel „Beyond GDP" (über das Bruttoinlandsprodukt hinaus). 2008 veröffentlichte der britische Nachhaltigkeitsrat eine Studie „Prosperity without Growth“ (Wohlstand ohne Wachstum). Die von Präsident Sarkozy eingesetzte Stiglitz-Kommission hat in ihrem eben veröffentlichten Bericht "Report by the Commission on the Measurement of Economic Performance and Social Progress (Bericht der Kommission zur Messung von wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit und sozialem

Fortschritt), dringend empfohlen, die Vorherrschaft des Bruttoinlandsprodukts als Zielmarke zu brechen und anderen Indikatoren stärkeres Gewicht zu geben. Auch in Deutschland häufen sich die Konferenzen zur Wachstumsfrage. Ich selbst erlebe bei meinen Vorträgen zur Studie „Zukunftsfähiges Deutschland“, dass es in der Bevölkerung durchaus die Einsicht gibt, dass Bäume nicht in den Himmel wachsen und ein unbegrenztes Wachstum in einer begrenzten Welt nicht möglich ist.

8. Vor wenigen Wochen hat Elinor Ostrum den Nobelpreis für Ökonomie erhalten (als erste Frau). Sie ist für ihre Arbeiten ausgezeichnet worden, die sich der Frage widmeten, welche Bedingungen für Nachhaltigkeit und faire Nutzung der Ressourcen gegeben sein müssen. Ihr Ergebnis: Selbstbestimmte Regeln und funktionierende Kooperationen. Während die meisten ihrer (männlichen) Vorgänger–Nobelpreisträger sich den Fragen widmeten, wie der Homo oeconomicus über Eigennutz und Wettbewerb den materiellen Output des Wirtschaften steigern kann, orientiert sie sich stärker an der sozialen Wirklichkeit und berücksichtigt, dass es auch Gemeinwohl und Kooperation als Grundprinzip der menschlichen Entwicklung gibt. Diese Orientierung am Gemeinwohl und die Bereitschaft zur Kooperation brauchen wir zum Beispiel für die Fragen des kommunalen Flächenmanagements (wie wir sie hier diskutiert haben) und auf der internationalen Ebene für gemeinsame globale Regeln im Klimaschutz.

Es gibt also viele Positivpunkte, auf die wir aufbauen können. Aber wir brauchen bei der Umsetzung eine neue Qualität des Handelns:

1. In der Vergangenheit hat man häufig auf Pilotprojekte und Leuchttürme gesetzt. Das war in einer Anfangszeit auch wichtig. Aber jetzt ist flächendeckende Beleuchtung angesagt. Wir müssen gute Beispiele vervielfältigen, statt noch ein etwas besseres Projekt zu erfinden. Innovationen im Transfer sind nötig.

2. Wir müssen Erkenntnisse zu Alltagshandeln, zu Alltagsroutinen werden lassen, bei der kommunalen Beschaffung oder den Bauämtern, in Unternehmen. Nachhaltigkeitsmanagement als methodische und systematische Umsetzung ist jetzt gefordert. Aber auch für die Entscheidung des Einzelnen oder der Einzelnen gilt: Nicht mal ausnahmsweise Bioprodukte einkaufen oder am Sonntag Fahrrad fahren, sondern für sich selbst Grundsatzentscheidungen treffen (wobei man dann natürlich auch mal Ausnahmen machen kann).

3. Wir müssen uns mutigere und ehrgeizigere und attraktivere Ziele setzen. So kann das Ziel, eine energieautarke Gemeinde zu werden, neue Bürgerenergien freisetzen. „Hundert Prozent erneuerbare Energien bis 2050“, das klingt einfach besser als „CO_2 um minus 90% bis 2050 reduzieren“.

4. Die knappen Kassen zwingen zu schärferen Entscheidungen. Wir können nicht mehr zweigleisig fahren: Herkömmliche Investitionen plus ein paar Ökoprojekte, wie z.B. der Ausbau von Straßen und Parkhäusern **und** gleichzeitig Investitionen in ÖPNV und Radwege. Wir müssen entschiedene Prioritäten setzen.

5. Einzelne Klimaschutzprojekte machen noch keine Klimaschutzstrategie. Ein bunter Strauß von Projekten ist noch keine Landesnachhaltigkeitsstrategie. Auch eine Ansammlung von Bekenntnissen und verbalen unverbindlichen Zielen ist keine Nachhal-

tigkeitsstrategie. Es gibt inzwischen Kriterien und Standards für Strategien, daran muss man Nachhaltigkeitsstrategien ausrichten und messen.

6. Damit Nachhaltigkeitsstrategien keine singulären und vorübergehenden Ereignisse bleiben, sondern überall und langfristig existieren, muss man z.B. bei Kommunen über gesetzliche Verpflichtungen für die Erstellung von Nachhaltigkeitsstrategien und finanzielle Anreize nachdenken.

7. Wir brauchen eine verstärkte Bürgerbeteiligung – ob in traditionellen Agenda-Gruppen, in Bürgerstiftungen, Online-Projekten, ad-hoc-Beratungsgremien und Aktionsgruppen. Partizipation war ein wesentliches Element der Agenda21 von Rio 1992. Es muss auch ein wesentliches Element für Rio plus 20 im Jahr 2012 werden. Und deshalb bitte ich Sie, dieses Datum beim nächsten Netzwerk21-Kongress in den Blick zu nehmen.

Wir müssen den Kurswechsel vollziehen, auf eine neue nachhaltige Spur wechseln, und nicht nur den Blinker ein paar Mal leuchten lassen. Für einen solchen konsequenten Kurswechsel brauchen wir Leitbilder und eine handfeste, konkrete Nachhaltigkeitsstrategie. Und wir brauchen Energie und Schwung und Hartnäckigkeit bei der Durchsetzung. Wir brauchen technischen und gesellschaftlichen Wandel und alle gesellschaftlichen Kräfte, wenn der Zivilisationswandel gelingen soll und eine gesellschaftliche Debatte darüber.

Deshalb haben BUND, Brot für die Welt und der Evangelische Entwicklungsdienst vor einem Jahr die neue Studie „Zukunftsfähiges Deutschland in einer globalisierten Welt“ – wiederum vom Wuppertal Institut erarbeitet – veröffentlicht. In der Studie wird dargelegt, dass wir für diesen Zivilisationswandel neue globale Übereinkünfte brauchen und gleichzeitig eine Renaissance der Regionen. Wir brauchen eine forcierte Effizienzstrategie für Energie und Rohstoffe und gleichzeitig einen achtsamen Lebensstil. Es ist nötig, dass die Politik die Priorität gegenüber der Wirtschaft zurückgewinnt. Gleichzeitig ist es wichtig zu sehen und zu berücksichtigen, dass Wirtschaft nicht nur die Geldökonomie umfasst, sondern zum Wirtschaften, zum Wohlergehen auch die Leistungen in Familie und Ehrenamt gehören. Wir brauchen neue Arbeitszeitmodelle, die stärker auf Arbeit teilen setzen, und wir brauchen wirtschaftliche und soziale Strukturen, deren Stabilität nicht vom Wirtschaftswachstum abhängig ist. An dieser Frage will ich persönlich weiter arbeiten. Ich wünsche Ihnen und uns die nötige erneuerbare Energie, um an unseren eigenen und gemeinsamen Baustellen und Projekten weiterzuarbeiten – für einen Kurswechsel.